

**Berufsordnung der Tierärztekammer Sachsen-Anhalt
vom 28. November 2003
(Beilage zum DTBl. 2004),**

zuletzt geändert durch Satzung zur Änderung der Berufsordnung der Tierärztekammer
Sachsen-Anhalt vom 31. Oktober 2009
(DTBl. 2010, S. 436)

Auf der Grundlage des § 15 Abs. 1 Nr. 9 und § 20 des Gesetzes über die Kammern für Heilberufe Sachsen-Anhalt (KGHB-LSA) vom 13. Juli 1994 (GVBl. LSA S. 832), zuletzt geändert am 9. Juli 1996 (GVBl. LSA S. 220), hat die Kammerversammlung der Tierärztekammer Sachsen-Anhalt in ihrer Sitzung am 6. November 2003 folgende Berufsordnung beschlossen, die vom sachsen-anhaltinischen Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt mit Schreiben vom 26. November 2003, Az: 76-42052/71e03-55, genehmigt wurde:

Inhaltsübersicht

I. Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

II. Aufgaben und Pflichten des Tierarztes

§ 2 Berufsaufgaben

§ 3 Allgemeine Berufspflichten

§ 4 Besondere Berufspflichten

§ 5 Pflichten gegenüber der Tierärztekammer

III. Tierarzt und Öffentlichkeit

§ 6 Werbung

§ 7 Vergütungen für tierärztliche Leistungen

§ 8 Ausbildung von nichttierärztlichen Mitarbeitern

IV. Die Praxis des Tierarztes

§ 9 Niederlassung, Praxissitz

§ 10 Ausübung der tierärztlichen Praxis

§ 11 Tierarzt und Nichttierarzt

§ 12 Zusammenarbeit der Tierärzte

§ 13 Gegenseitige Vertretung

§ 14 Beschäftigung von Assistenten und sonstigen tierärztlichen Mitarbeitern

§ 15 Weiterführung und Übergabe/ Übernahme einer Praxis

§ 16 Gemeinschaftspraxis

§ 17 Gruppenpraxis

§ 18 Tierärztliche Klinik

§ 19 Berufshaftpflichtversicherung

V. Schlussbestimmungen

§ 20 Vorübergehende Berufsausübung im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs nach Europarecht

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

§ 21 Verletzung von Berufspflichten

§ 22 Gleichstellungsbestimmung

§ 23 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

Anlagen zur Berufsordnung:

Anlage 1 Praxislogo

Anlage 2 Merkblatt zur Gestaltung von Praxisschild, Praxiskennzeichnung, Praxisformularen, Internetseiten und Praxisbroschüren

Anlage 3 Notfalldienstordnung

Anlage 4 Richtlinie über die an eine „Tierärztliche Klinik“ zu stellenden Anforderungen (Klinikrichtlinie)

I. Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

Die Berufsordnung gilt für alle Personen, die nach den §§ 2 und 3 der Bundes-Tierärzteordnung berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „Tierärztin“ oder „Tierarzt“ zu führen und in Sachsen- Anhalt den tierärztlichen Beruf ausüben oder, falls sie ihren Beruf nicht ausüben, ihre Hauptwohnung haben. Sie regelt, welche Pflichten bei der Ausübung des tierärztlichen Berufes zu beachten sind. Ausübung des tierärztlichen Berufes ist jede Tätigkeit, bei der die während eines abgeschlossenen veterinärmedizinischen Studiums erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten verwendet werden; dabei muss es sich nicht zwingend um eine Erwerbstätigkeit handeln.

II. Aufgaben und Pflichten des Tierarztes

§ 2 Berufsaufgaben

(1) Der Tierarzt ist berufen, Leiden und Krankheiten der Tiere zu verhüten, zu lindern und zu heilen, zur Erhaltung und Entwicklung gesunder Tierbestände beizutragen, den Menschen vor Gefahren und Schädigungen durch von Tieren ausgehende Krankheiten sowie vor Gefahren und Schädigungen durch Lebensmittel und Erzeugnisse tierischer Herkunft zu schützen und auf eine Steigerung der Qualität von Lebensmitteln hinzuwirken.

(2) Der Tierarzt ist der berufene Schützer der Tiere.

(3) Der Tierarzt trägt eine besondere Verantwortung und Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit. Er dient dem Allgemeinwohl, insbesondere auch der menschlichen Gesundheit.

(4) Der tierärztliche Beruf ist kein Gewerbe; er ist seiner Natur nach ein freier Beruf.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

§ 3 Allgemeine Berufspflichten

(1) Der Tierarzt ist verpflichtet, seinen Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihm im Zusammenhang mit seinem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen.

(2) Der Tierarzt hat die jeweils geltenden Rechts- und Berufsstandsvorschriften zu befolgen, im Interesse des Allgemeinwohls zu handeln und das Ansehen des Berufsstandes sowie die Kollegialität der Tierärzte untereinander zu wahren.

(3) In Nottfällen ist jeder Tierarzt zur Leistung erster Hilfe verpflichtet.

(4) Der Tierarzt ist verpflichtet, soweit er die tierärztliche Tätigkeit ausübt, sich über die für seine Berufsausübung geltenden Rechtsvorschriften und Vorschriften des Berufsstandes zu unterrichten.

(5) Der Tierarzt hat bei der Bekämpfung von Missständen im Heilwesen mitzuwirken.

§ 3 a Fortbildungspflichten

(1) Der Tierarzt hat in einem Zeitraum von drei Kalenderjahren mindestens 60 Fortbildungsstunden zu absolvieren, die nach den Grundsätzen der Akademie für tierärztliche Fortbildung oder von der Tierärztekammer Sachsen-Anhalt anerkannt sind. Kaufmännisch-betriebswirtschaftliche Fortbildungen, Hospitationen und Fortbildungen ohne Präsenz können mit insgesamt 25 Prozent anerkannt werden.

(2) Über die Fortbildungspflicht in Abs. 1 Satz 1 hinaus haben in diesem Zeitraum

1. Tierärzte mit Zusatzbezeichnung zwölf Fortbildungsstunden,

2. Fachtierärzte 21 Fortbildungsstunden

3. zur Weiterbildung ermächtigte Fachtierärzte über Nr. 2 hinaus weitere 15 Fortbildungsstunden

im jeweiligen Gebiet oder Bereich zu absolvieren.

(3) Der Tierarzt hat auf Verlangen der Tierärztekammer Sachsen-Anhalt nachzuweisen, dass er der Fortbildungspflicht nachgekommen ist.

§ 4 Besondere Berufspflichten

(1) Der Tierarzt ist verpflichtet, die Qualität der tierärztlichen Berufsausübung zu sichern und der Tierärztekammer auf Anforderung die hierzu erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Er hat die von der Tierärztekammer beschlossenen Richtlinien zur Qualitätssicherung einzuhalten.

(2) Der Tierarzt hat die ihm nach § 203 des Strafgesetzbuches obliegende Schweigepflicht zu beachten. Unberührt davon bleibt die Wahrnehmung von gesetzlich vorgeschriebenen Melde-, Anzeige- und Zeugnispflichten sowie die Offenbarungsbefugnis zum Schutz eines höherwertigen Rechtsgutes. In Zweifelsfällen soll sich der Tierarzt von der Tierärztekammer beraten lassen. Der Tierarzt hat dafür Sorge zu tragen, dass diese Pflichten auch von seinen Mitarbeitern eingehalten werden.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

(3) Tierärztliche Zeugnisse und Gutachten sind der Wahrheit entsprechend sachlich, sorgfältig, unparteiisch und formgerecht auszustellen. Der Zweck des Schriftstückes, der Empfänger und das Datum sind anzugeben. Das Ausstellen von tierärztlichen Gesundheitsbescheinigungen setzt voraus, dass die Tiere oder der Tierbestand kurz zuvor nach den Regeln der tierärztlichen Wissenschaft und den Erkenntnissen der tierärztlichen Praxis in angemessenem Umfang untersucht worden sind.

(4) Der Tierarzt hat seinen Berufskollegen Rücksicht entgegenzubringen und Achtung zu erweisen. Herabsetzende Äußerungen über die Person, die Behandlungsweise oder das berufliche Wissen und Können eines anderen Tierarztes sind standeswidrig. Dies gilt auch für das Verhalten zwischen vorgesetzten und nachgeordneten Tierärzten. Kein Tierarzt darf einen Berufskollegen bei dessen Berufsausübung behindern oder schädigen oder versuchen, ihm in unlauterer Weise Klientel abzuwerben.

(5) Angestellte oder beamtete Tierärzte bei einer Behörde, einer Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts sowie Unternehmen, bei Tiergesundheitsdiensten, Versicherungsgesellschaften, Zuchtverbänden oder ähnlichen Institutionen haben sich auf die Wahrnehmung ihrer dienstlichen Aufgaben zu beschränken. Sie dürfen die Halter der Tiere nicht dahingehend beeinflussen, dass diese ihnen oder namentlich bestimmten Tierärzten auch sonstige tierärztliche Tätigkeiten übertragen. Sie sollen den behandelnden Tierarzt (Hof- oder Haustierarzt) über ohne dessen Wissen durchgeführte Maßnahmen sowie besondere Feststellungen unverzüglich unterrichten.

§ 5 Pflichten gegenüber der Tierärztekammer

(1) Der Tierarzt ist verpflichtet, der Tierärztekammer die Aufnahme, die Beendigung und jede Änderung der Berufsausübung sowie den Wechsel der Hauptwohnung unverzüglich anzuzeigen.

(2) Beschäftigt ein Tierarzt einen anderen Tierarzt in unselbständiger Stellung, so hat er diesen auf die Meldepflicht hinzuweisen.

(3) Vorhaben, die der Zustimmung der Tierärztekammer bedürfen (§§ 9 Abs. 4; 15 Abs. 2; 18 Abs. 2), sind dieser rechtzeitig unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

(4) Besondere berufsbedingte Ereignisse sind unbeschadet der nach anderen Vorschriften bestehenden Meldepflichten der Tierärztekammer unverzüglich mitzuteilen. Berufsbedingte Ereignisse dieser Art sind insbesondere:

1. die Feststellung von Verstößen gegen das Arzneimittelrecht (§ 3 Abs. 5),
2. Veränderungen der Rechtsform (§§ 9, 16 bis 18),
3. die 4 Wochen überschreitende Assistenz oder Vertretung (§ 14 Abs. 2),
4. die Weiterführung einer Praxis zugunsten Hinterbliebener (§ 15 Abs. 1).

(5) Der Tierarzt hat die berufsfördernden Bestrebungen und Einrichtungen der Tierärztekammer zu unterstützen; Anfragen der Tierärztekammer sollen in angemessener Zeit (maximal 6 Wochen) und Form beantwortet werden.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

(6) Der Tierarzt soll sich zur Wahrung der beruflichen Belange und im eigenen Interesse vor dem Abschluss beruflicher Verträge von der Tierärztekammer beraten lassen. Dies gilt insbesondere für die Übergabe und Übernahme einer Praxis (§ 15 Abs. 4) sowie die Eröffnung oder Beendigung einer Gemeinschaftspraxis (§ 16 Abs. 1) und die Beschäftigung von Assistenten oder Praxisvertretern (§ 14 Abs. 3).

III. Tierarzt und Öffentlichkeit

§ 6 Werbung

(1) Definition der Werbung:

Werbung im Sinne dieser Regelung ist das Anpreisen tierärztlicher Leistungen und das Verbreiten von Informationen mit dem Ziel, die Nachfrage nach tierärztlichen Leistungen zu steigern.

(2) Berufswidrige Werbung ist dem Tierarzt untersagt, insbesondere:

1. wahrheitswidrige, irreführende, unsachliche oder übermäßig anpreisende Werbung,
2. zu veranlassen oder zu dulden, dass Berichte oder Bildberichte mit Anpreisungen für die eigene tierärztliche Tätigkeit veröffentlicht werden,
3. öffentliche Danksagungen zu veranlassen oder zu dulden,
4. zum Zwecke der Werbung Krankengeschichten oder Operations- und Behandlungsmethoden in anderen als fachwissenschaftlichen Schriften oder in Vorträgen vor Nichtfachkreisen bekannt zu geben,
5. unaufgefordert tierärztliche Behandlungen anzubieten,
6. eine vergleichende und/oder Preis-/Leistungswerbung.

(3) Es ist berufswidrig, zum Zwecke der Umgehung dieser Bestimmungen mit Dritten zusammenzuarbeiten.

(4) Berufswidrig ist nicht:

1. Werbung von Tierärzten bei Tierärzten,
2. Werbung, die über die berufliche Tätigkeit in Form und Inhalt sachlich unterrichtet und nicht auf die Erteilung eines Auftrages im Einzelfall gerichtet ist.

(5) Behandlungs-, Tätigkeits- oder Interessenschwerpunkte sowie sonstige berufsrechtlich nicht geregelte Spezialisierungen dürfen nur öffentlich genannt werden, wenn sie nachweisbar sind und nicht zur Verwechslung mit den durch geregelte Weiterbildung erworbenen Bezeichnungen führen können.

§ 7 Vergütungen für tierärztliche Leistungen

(1) Die Höhe der Vergütungen für tierärztliche Leistungen richtet sich nach der „Gebührenordnung für Tierärzte“ in der jeweils geltenden Fassung. Es ist grundsätzlich unzulässig, Gebühren unterhalb des Einzelsatzes des Gebührenverzeichnisses zu vereinbaren oder zu fordern. Das Überschreiten des dreifachen oder eine Unterschreitung des einfachen Einzelsatzes ist im begründeten Einzelfall durch schriftliche Vereinbarung, die auch die Begründung enthält, vor Erbringung der Leistung zulässig. Dabei dürfen vorgefertigte Schriftstücke nicht verwendet werden. Zulässig ist es, bei Kollegen und Angehörigen ganz oder teilweise von einer Vergütungsforderung abzusehen.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

(2) Verträge, die sich auf die langfristige Betreuung geschlossener Tierbestände mit regelmäßigen Untersuchungen erstrecken (Betreuungsverträge) einschließlich der Vereinbarungen über abweichende Gebührensätze, bedürfen der Schriftform.

(3) Die Vereinbarung eines Erfolgshonorars ist unzulässig.

§ 8 Ausbildung von nichttierärztlichen Mitarbeitern

Der Tierarzt ist berechtigt, nach Maßgabe des Berufsbildungsgesetzes Personen auszubilden, die in der Tiergesundheitspflege und der Hilfeleistung für Tierärzte tätig werden wollen. Unberührt bleiben sonstige gesetzlich oder behördlich geregelte Ausbildungsvorschriften. Der

ausbildende Tierarzt ist verpflichtet, bei der Tierärztekammer innerhalb von zwei Wochen die Eintragung eines abgeschlossenen Ausbildungsvertrages sowie die wesentlichen Änderungen hierzu in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse zu beantragen.

IV. Die Praxis des Tierarztes

§ 9 Niederlassung, Praxissitz

(1) Die Ausübung des tierärztlichen Berufs in eigener Praxis ist an die Niederlassung gebunden. Niederlassung ist die Begründung einer selbständigen, freiberuflichen tierärztlichen Tätigkeit an einem bestimmten Ort, der mit den notwendigen räumlichen, sachlichen und personellen Voraussetzungen ausgestattet ist (Praxissitz). Der niedergelassene Tierarzt führt die Bezeichnung "Praktizierender Tierarzt" (prakt. Tierarzt) und / oder gegebenenfalls zulässige Gebiets-, Teilgebiets- oder Zusatzbezeichnungen. Die Niederlassung ist durch ein Praxisschild am Praxissitz zu kennzeichnen.

(2) Ort und Zeitpunkt der Niederlassung sowie jede entsprechende Änderung sind der Tierärztekammer mitzuteilen. Vor der Niederlassung soll sich der Tierarzt von der Tierärztekammer beraten lassen. Von der Tierärztekammer erlassene Richtlinien über die Einrichtung und Ausstattung der tierärztlichen Praxis sollen beachtet werden.

(3) Der Betrieb von bis zu zwei Zweigpraxen ist zulässig. In jeder Zweigpraxis muss ein weiterer Tierarzt tätig sein. Die Zweigpraxis hat eigenständig am Notfalldienst teilzunehmen.

(4) Die Niederlassung ist an einen Ort gebunden (Praxissitz). Die Tierärztekammer kann auf Antrag widerruflich und befristet Ausnahmen für bestehende Praxen zur Förderung von Zusammenschlüssen zu Gemeinschaftspraxen zulassen, wenn die Praxen mindestens ein Jahr bestanden haben.

(5) Ein Praxisschild und das Praxislogo (**Anlage 1**) dürfen nur von niedergelassenen Tierärzten angebracht werden.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

(6) Bei der Gestaltung von Praxisschild, Praxiskennzeichnung, Praxisformularen, Internetseiten und Praxisbroschüren soll das Merkblatt **(Anlage 2)** beachtet werden.

§ 10 Ausübung der tierärztlichen Praxis

(1) Der praktizierende Tierarzt hat über in Ausübung des Berufes gemachte Feststellungen und getroffene Maßnahmen Aufzeichnungen anzufertigen und diese mindestens fünf Jahre aufzubewahren, soweit nicht durch andere Rechtsvorschriften kürzere oder längere Fristen vorgeschrieben werden. Dies gilt auch für technische Dokumentationen.

(2) Der praktizierende Tierarzt übt seinen Beruf auf Anforderung aus; ohne vorherige Bestellung darf keine tierärztliche Tätigkeit angeboten oder vorgenommen werden. Dies gilt nicht in Notfällen, bei amtlichen Verrichtungen sowie für Tätigkeiten im Rahmen von Betreuungsverträgen.

(3) Der praktizierende Tierarzt hat die Verpflichtung am Notfalldienst nach Maßgabe der Notfalldienstordnung **(Anlage 3)** teilzunehmen. Von der Teilnahme am Notfalldienst kann die Tierärztekammer auf Antrag bei nachweislich schwerwiegenden Gründen ganz, teilweise oder vorübergehend Befreiung erteilen, insbesondere wegen körperlicher Behinderung, besonders belastender Familienverpflichtungen sowie wegen objektiv erforderlicher Teilnahme am Bereitschaftsdienst in anderen tierärztlichen Einrichtungen.

(4) Das Behandeln eines Tieres oder eines Tierbestandes ohne vorherige Untersuchung ist grundsätzlich unzulässig. Zum Behandeln gehören auch das Verordnen und das Abgeben von Arzneimitteln. Diese dürfen insbesondere nur in der jeweils erforderlichen Menge und mit konkreten Anweisungen über Art, Dauer und Zeitpunkt der Anwendung abgegeben werden.

(5) Der Tierarzt hat Arzneimittelnebenwirkungen und Arzneimittelmängel sowie Therapienotstände, die ihm aus seiner Tätigkeit bekannt werden, über die Tierärztekammer der Arzneimittelkommission der Bundestierärztekammer e.V. mitzuteilen.

(6) Der niedergelassene Tierarzt ist in der Ausübung seines Berufes grundsätzlich frei. Er kann eine tierärztliche Behandlung insbesondere dann ablehnen, wenn es seiner Überzeugung nach an einem Vertrauensverhältnis zum Tierhalter oder dessen Beauftragten fehlt. Dies gilt nicht, wenn und soweit eine rechtliche Verpflichtung zum tierärztlichen Tätigwerden besteht.

(7) Wird eine Selbstbeschränkung bei der Praxiskennzeichnung ausgewiesen, ist der Tierarzt verpflichtet, diese in der Berufsausübung zu wahren.

(8) Ein praktisch tätiger Tierarzt, der bei einer Behörde, einer Körperschaft des öffentlichen Rechts oder einer veterinärmedizinischen Einrichtung des öffentlichen Rechts, einem Unternehmen, einer Gesellschaft, einem Verein oder einer ähnlichen privatrechtlichen Institution angestellt ist, darf nur solche Tiere behandeln, die sich in deren unmittelbarer Haltung befinden.

(9) Die praktizierende Tätigkeit im Umherziehen sowie die Fernbehandlung von Tieren ist nicht gestattet.

§ 11 Tierarzt und Nichttierarzt

(1) Ein Tierarzt darf sich nur durch Tierärzte vertreten lassen.

(2) Das Untersuchen und Behandeln von Tieren sowie die Vornahme von Eingriffen an Tieren gemeinsam mit Nichttierärzten - ausgenommen Ärzte, Zahnärzte und andere Naturwissenschaftler sowie Studierende der Veterinärmedizin - ist unzulässig, soweit durch Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist. Zulässig ist die Inanspruchnahme von tierärztlichem Hilfspersonal und anderen Hilfspersonen unter Aufsicht des Tierarztes.

(3) Der Tierarzt ist in seiner tierärztlichen Tätigkeit keinen fachlichen Weisungen durch Nichttierärzte unterworfen.

§ 12 Zusammenarbeit der Tierärzte

(1) Tierärzte sind verpflichtet bei der Behandlung von Tieren und anderen tierärztlichen Tätigkeiten kollegial zusammen zu arbeiten.

(2) Wird ein Tierarzt um die Behandlung eines Tieres gebeten, das bereits von einem anderen Tierarzt behandelt wird, so soll er diesen unverzüglich von den getroffenen Maßnahmen unterrichten.

(3) Es ist standeswidrig, gegen Entgelt oder sonstige Vorteile Patienten einem anderen Tierarzt zuzuweisen oder sich selbst zuweisen zu lassen.

(4) Ein Tierarzt, der zur Erledigung eines übernommenen Falles selbst nicht in der Lage ist, hat diesen im Interesse der Gesundheit des Tieres oder zur Vermeidung wirtschaftlicher Schäden einem anderen Tierarzt oder einer tierärztlichen Klinik zu überweisen und über die erhobenen Befunde sowie über die bisher erfolgte Behandlung zu informieren. Der weiterbehandelnde Tierarzt hat seine Maßnahmen auf dem der Überweisung zugrundeliegenden Fall zu beschränken und nach Abschluss der Behandlung unverzüglich alles den Umständen nach Erforderliche und Zumutbare zu veranlassen, um den Patienten an den überweisenden Tierarzt zurück zu überweisen. Er hat den überweisenden Tierarzt von den im Rahmen seiner Behandlung getroffenen Maßnahmen in Kenntnis zu setzen.

(5) Der Tierarzt darf den von einem anderen Tierarzt erbetenen fachlichen Beistand nicht ohne zwingenden Grund ablehnen.

(6) Bei Konsilien soll das Ergebnis dem Tierhalter übermittelt werden.

§ 13 Gegenseitige Vertretung

(1) Praktizierende Tierärzte sind zur gegenseitigen Vertretung verpflichtet. Sie haben für die Dauer ihrer Abwesenheit oder Verhinderung ihrer Klientel mindestens einen Tierarzt namhaft zu machen, der bereit und in der Lage ist, eine ordnungsgemäße Vertretung für den gesamten in Betracht kommenden Zeitraum sicherzustellen.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

(2) Nach Beendigung der Vertretung sind die übernommenen Behandlungsfälle wieder dem vertretenen Tierarzt zu überlassen.

§ 14 Beschäftigung von Assistenten und sonstigen tierärztlichen Mitarbeitern

(1) Praktizierende Tierärzte dürfen als Assistenten oder Vertreter nur Tierärzte einstellen.

(2) Der praktizierende Tierarzt hat eine 4 Wochen überschreitende Assistenz oder Vertretung der Tierärztekammer mitzuteilen. Die Meldepflicht der Assistenten oder des Vertreters nach § 5 Abs. 1 bleibt davon unberührt.

(3) Die Einstellung von Assistenten und Vertretern oder anderen tierärztlichen Mitarbeitern muss durch schriftlichen Vertrag erfolgen. Es dürfen keine unlauteren Vertragsbedingungen vereinbart werden, insbesondere ist ein angemessenes Entgelt festzulegen. Dieser Verpflichtung unterliegen alle tierärztlichen Arbeitgeber.

§ 15 Weiterführung und Übergabe / Übernahme einer Praxis

(1) Die Praxis eines verstorbenen Tierarztes kann unter dessen Namen für ein halbes Jahr zugunsten der Witwe/des Witwers oder der unterhaltsberechtigten Kinder durch einen Tierarzt weitergeführt werden. Dieser hat die Weiterführung der Praxis der Tierärztekammer mitzuteilen.

(2) In Härtefällen kann die Weiterführung der Praxis mit Zustimmung der Tierärztekammer auch zugunsten anderer unterhaltsberechtigter Hinterbliebener erfolgen. Die Tierärztekammer kann die in Abs. 1 genannte Frist ausnahmsweise angemessen verlängern.

(3) Abs. 1 und 2 gelten auch, wenn nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 der Bundes-Tierärzteordnung das Ruhen oder nach § 7 Abs. 2 der Bundes-Tierärzteordnung der Widerruf der Approbation angeordnet wurde. Entfällt die Berechtigung zur Ausübung des tierärztlichen Berufes aus sonstigen Gründen, ist eine Weiterführung der Praxis nicht zulässig.

(4) Die Übernahme/Übergabe einer tierärztlichen Praxis gegen Entgelt soll durch einen schriftlichen Vertrag erfolgen. Der Vertrag soll vor Abschluss der Tierärztekammer zur berufsrechtlichen Überprüfung vorgelegt werden.

§ 16 Gemeinschaftspraxis

(1) Tierärzte dürfen sich zur gemeinschaftlichen Berufsausübung in Form der Gemeinschaftspraxis verbinden. Die Anzahl der Praxissitze darf die Zahl der Teilhaber der Gemeinschaftspraxis nicht übersteigen. Im übrigen gelten die §§ 9 bis 14 entsprechend. In einer Gemeinschaftspraxis dürfen nur Tierärzte zusammengeschlossen sein, die ihren Beruf ausüben. Jeder Tierarzt darf nur einer Gemeinschaftspraxis angehören. Hinsichtlich der Übertragung amtlicher Aufgaben sowie der Teilnahme am Notfalldienst behält jeder Praxisangehörige die Stellung eines in Einzelpraxis niedergelassenen Tierarztes.

(2) Tierärzten ist der Betrieb einer Gemeinschaftspraxis - auch in der Rechtsform der Partnerschaft - nur mit Tierärzten erlaubt.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

(3) Der Vertrag zur Gründung einer Gemeinschaftspraxis soll schriftlich abgeschlossen werden und Bestimmungen über die Rechte und Pflichten der Gesellschafter, das Verfahren bei der Gewinnermittlung und -verteilung sowie der Änderung oder Auflösung der Gemeinschaftspraxis enthalten.

(4) Die Eröffnung und die Beendigung einer Gemeinschaftspraxis oder die Änderung der Gesellschaftsform sind der Tierärztekammer unverzüglich mitzuteilen. Der Gesellschaftsvertrag ist der Tierärztekammer auf Verlangen vorzulegen.

(5) Im Namen der Gemeinschaftspraxis dürfen nur die Namen der beruflich tätigen Gesellschafter enthalten sein. Eine Fortführung der Gesellschaft unter dem Namen ausgeschiedener oder verstorbener Gesellschafter ist nicht zulässig.

(6) Die Gemeinschaftspraxis in der Form der Partnerschaft führt den Namen mindestens eines Partners, den Zusatz "und Partner" oder "Partnerschaft" sowie die Berufsbezeichnung. Weitere Zusätze sind nicht zulässig.

§ 17 Gruppenpraxis

(1) Eine Gruppenpraxis ist im Innenverhältnis ein Zusammenschluss mehrerer Praxisinhaber zum Zwecke fachlicher Zusammenarbeit, gegenseitiger Vertretung, gemeinsamer Benutzung von Praxiseinrichtungen und Instrumenten, gemeinsamen Einkaufs und/oder gemeinsamer Beschäftigung von tierärztlichen Mitarbeitern und Hilfspersonal. Im Außenverhältnis bleiben die Praxisinhaber rechtlich und wirtschaftlich selbständig. Die Abrechnung der Behandlungsfälle verbleibt dem jeweils behandelnden Tierarzt, soweit keine abweichenden Vereinbarungen getroffen werden.

(2) Die Gruppenpraxis darf als solche nur gekennzeichnet werden, wenn Art und Ausmaß der Zusammenarbeit der Partner in einem schriftlichen Vertrag festgelegt sind, welcher der Tierärztekammer zuvor zur Kenntnis gegeben wurde. Unter diesen Voraussetzungen ist die Gruppenpraxis nicht an einen Praxissitz gebunden, die Zahl der Praxissitze darf jedoch die Zahl der am Zusammenschluss beteiligten Praxispartner nicht übersteigen. Auf dem Praxisschild ist der/sind die jeweils vor Ort tätige(n) Praxisinhaber an erster Stelle aufzuführen.

(3) § 16 Abs. 1, Satz 3 bis 6 gelten entsprechend.

§ 18 Tierärztliche Klinik

(1) Der Betrieb einer Klinik durch einen Tierarzt darf nur unter der Bezeichnung „Tierärztliche Klinik“ geführt werden. Die Tierärztliche Klinik ist eine tierärztliche Praxis gemäß den „Richtlinien über die an eine Tierärztliche Klinik zu stellenden Anforderungen“ (**Anlage 4**).

(2) Die Bezeichnung „Tierärztliche Klinik“ darf nur geführt werden, wenn die Tierärztekammer die Erfüllung der Anforderungen festgestellt und die Genehmigung erteilt hat. Dies gilt nicht für öffentlichrechtliche Einrichtungen.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

(3) Die Tierärztliche Klinik muss zur Versorgung von Notfallpatienten ständig dienstbereit gehalten werden.

(4) §§ 9 bis 12, 14 und 16 gelten entsprechend.

§ 19 Berufshaftpflichtversicherung

Der Tierarzt hat sich gegen Haftpflichtansprüche im Rahmen seiner tierärztlichen Tätigkeit hinreichend zu versichern. Er ist verpflichtet, der Tierärztekammer das Bestehen und jede wesentliche Änderung seiner Berufshaftpflichtversicherung in geeigneter Weise, auch über den Haftpflichtversicherer direkt, nachzuweisen und auf Verlangen der Kammer eine aktuelle Versicherungsbestätigung vorzulegen.

V. Schlussbestimmungen

§ 20 Vorübergehende Berufsausübung im Rahmen des Dienstleistungsverkehrs nach Europarecht

(1) Tierärzte aus anderen Staaten der Europäischen Union, die als Dienstleistungserbringer im Sinne des Artikels 50 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vorübergehend den tierärztlichen Beruf im Geltungsbereich des Landes Sachsen-Anhalt ohne Begründung eines Wohnsitzes und ohne berufliche Niederlassung ausüben, gehören der Tierärztekammer nicht an, solange sie in ihrem Heimat- oder Herkunftsland wohnhaft sind oder dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

(2) Tierärzte nach Absatz 1 haben die beabsichtigte Tätigkeit dem Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt sowie der Tierärztekammer Sachsen-Anhalt vorher anzuzeigen. Sofern eine vorherige Anzeige wegen der Dringlichkeit des Tätigwerdens nicht möglich ist, hat die Anzeige unverzüglich nach Erbringen der Dienstleistung zu erfolgen.

(3) Mit der Anzeige nach Absatz 2 sind die nach § 11a Abs. 2 Satz 4 der Bundes-Tierärzteordnung und § 4 Abs. 2 des Gesetzes über die Kammern für Heilberufe Sachsen-Anhalt erforderlichen Zeugnisse und Bescheinigungen vorzulegen.

(4) Tierärzte nach Absatz 1 haben hinsichtlich der Berufsausübung die gleichen Rechte und Pflichten wie Kammerangehörige.

(5) Die Absätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Tierärzte aus einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum und aus Staaten, mit denen ein EU-Assoziierungsabkommen in Kraft getreten ist.

§ 21 Verletzung der Berufspflichten

Gegen den Tierarzt, der seine Berufspflichten verletzt, insbesondere gegen die Vorschriften dieser Berufsordnung verstößt, können Maßnahmen nach Maßgabe des Gesetzes über die Kammern für Heilberufe Sachsen-Anhalt eingeleitet werden.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

§ 22 Gleichstellungsbestimmung

Status- und Funktionsbezeichnungen in dieser Berufsordnung gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

§ 23 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Diese Berufsordnung tritt nebst Anlagen am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Deutschen Tierärzteblatt in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Berufsordnung der Tierärztekammer Sachsen-Anhalt vom 29. Juni 2001 (DTBl. 09/2001) und die „Richtlinie über die an eine „Tierärztliche Klinik“ zu stellenden Anforderungen“ vom 17. November 1998 (DTBl. 01/1999) außer Kraft.

(3) § 3 a Abs. 1 und 2 treten zum 01. Januar 2010 und § 3 a Abs. 3 tritt zum 01. Januar 2013 in Kraft.

Halle, 28. November 2003
Dr. Stefan Krippner, Präsident

Anlage 1 zu § 9 Abs. 5

Praxislogo



Farbangaben: Außenkontur, V-Kontur, Stab-Kontur, Schlangenkörper und Zunge schwarz, V-Innenfläche, Stab-Innenfläche und Schlängenaugeweiß, Kreis-Innenfläche rot RAL 3020 bzw. HKS 14.

Maße (max.): 50 cm x 50 cm x 20 cm

Anlage 2 zu § 9 Abs. 6

Merkblatt zur Gestaltung von Praxisschild, Praxiskennzeichnung, Praxisformularen, Internetseiten und Praxisbroschüren

I. Praxisschild / Praxiskennzeichnung / Praxisformulare

(1) Das Praxisschild darf nicht in aufdringlicher Form gestaltet oder angebracht sein und sollte die übliche Größe von etwa 70x50 cm nicht überschreiten. Es kann beleuchtet sein.

(2) Das Praxisschild sollte folgende Angaben enthalten:

1. den Namen des Praxisinhabers,
 2. die akademischen Grade,
 3. die Berufsbezeichnung „Praktizierender Tierarzt“ oder „Prakt. Tierarzt“ (bzw. wbl. Form),
 4. die erworbene Gebiets-, Teilgebiets- und/oder Zusatzbezeichnung nach Weiterbildungsordnung sowie Interessenschwerpunkte, wenn er/sie darin tätig ist,
 5. die Sprechstundenzeiten, gegebenenfalls mit Angaben über eine Beschränkung auf bestimmte Tierarten,
 6. bei Selbstbeschränkung auf bestimmte Tierarten den Zusatz „Kleintierpraxis“ oder „Großtierpraxis“ oder „Praxis für ...“
 7. die Fernsprechnummer bzw. andere Kommunikationsverbindungen
 8. die Bezeichnung „Tierärztliche Klinik“ entsprechend den „Richtlinien über die an eine Tierärztliche Klinik zu stellenden Anforderungen“ (§ 18 BO)
 9. die Bezeichnung „Tierärztliche Gemeinschaftspraxis“ bzw. „Tierärztliche Gruppenpraxis“,
 10. die Anschrift der Privatwohnung, falls diese nicht mit dem Praxissitz verbunden ist.
- Für die Angaben über Praxispartner in einer Gemeinschaftspraxis oder Gruppenpraxis gilt Satz 1 entsprechend.

(3) Die Praxis kann ferner gekennzeichnet werden durch das in der Berufsordnung vorgesehene Praxis-Emblem (Logo). Es darf aus Gründen des Markenschutzes nur in den dort angegebenen Maßen und Farben als beleuchtetes Aussteck- oder Wandtransparent Verwendung finden.

(4) Das Verlegen der Praxis kann durch ein Hinweisschild an dem früheren Praxissitz i. d. R. ein Jahr lang kenntlich gemacht werden.

(5) Hinweisschilder sollten nur angebracht werden, wenn sie zur Auffindung der Praxisstelle nötig sind.

(6) Türschilder an einer nicht mit der Praxisstelle verbundenen Privatwohnung des Tierarztes können einen Hinweis auf die Praxisanschrift enthalten.

(7) Für die Beschriftung von Briefbögen, Rezeptvordrucken, Stempeln Praxisformularen und dergleichen sowie die Eintragung in amtlichen und halbamtlichen Verzeichnissen gilt Abs. 2 entsprechend.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

II. Internet / Praxisbroschüren

(1) Für die Darstellung in öffentlich abrufbaren EDV-Kommunikationsnetzen gilt unter Beachtung der Werbebeschränkungen des § 6 der Berufsordnung folgende Empfehlung:

1. Informationen auf der ersten Seite der Darstellungen:

- a) Name,
- b) Akademische Grade, tierärztliche Titel,
- c) Berufsbezeichnung und /oder Gebiets-, Teilgebiets-, Zusatzbezeichnung,
- d) Interessenschwerpunkt* bzw. Selbstbeschränkung auf bestimmte Tierarten,
- e) Praxisanschrift mit Kommunikationsverbindungen,
- f) Sprechstundenzeiten,
- g) Erreichbarkeit außerhalb von Sprechstunden sowie Notfalldienstregelungen,
- h) Urlaub bzw. Vertretung,
- i) Gemeinschaftspraxis, Gruppenpraxis,
- j) Tierärztliche Klinik,
- k) Anschrift der Privatwohnung mit Kommunikationsverbindungen,
- l) Veterinär- bzw. Praxislogo,

2. weitere Informationen auf Nachfrage des Nutzers durch Betätigung einer zusätzlichen Schaltfläche:

- a) Patienten (Tierarten),
- b) technische Praxisausstattung,
- c) Zertifizierung der Qualitätssicherung nach ISO-Norm,
- d) Spezialisierungen*,
- e) Geburtsjahr des Praxisinhabers,
- f) Zeitpunkt der Approbation,
- g) Zeitpunkt der Fachtierarztanerkennung bzw. sonstiger abgeschlossener Weiterbildungen,
- h) Zeitpunkt der Niederlassung,
- i) Sondersprechstunden (spezielle Verfahren),
- j) Mitgliedschaft in Vereinen , in Organisationen,
- k) Fremdsprachenkenntnisse,
- l) Angaben zum Praxispersonal,
- m) Besondere Einrichtungen für Behinderte,
- n) Praxislage in Bezug auf öffentliche Verkehrsmittel,
- o) Beratungsschwerpunkte (z.B. Tierhaltung, Tier- und Zuchthygiene).

(2) Für die Darstellung in Praxisbroschüren können alle Punkte des Absatzes 1 einfließen.

* Informationen über Interessenschwerpunkte und Spezialisierungen sind nur bei nachgewiesener Qualifikation zulässig

Anlage 3 zu § 10 Abs. 3

Notfalldienstordnung über die Einrichtung und Durchführung des tierärztlichen Notfalldienstes

§ 1 Notfalldienst

(1) Der Notfalldienst hat die tierärztliche Versorgung an Wochenenden, Feiertagen sowie in Nachtstunden zu gewährleisten. Er soll auch für andere Zeiten eingerichtet werden, wenn dies zur ordnungsgemäßen, tierärztlichen Versorgung erforderlich scheint.

(2) Jeder praktizierende Tierarzt ist verpflichtet, am Notfalldienst teilzunehmen.

(3) Die Notfalldienstpflicht beinhaltet die Verpflichtung des Tierarztes, sich so fortzubilden, dass er in der Lage ist, die ihm als Notfall vorgestellten Tiere zweckmäßig zu versorgen.

(4) Die Ausübung des Notfalldienstes erfolgt im Sinne des § 13 der Berufsordnung – Gegenseitige Vertretung - . Er findet in der Regel im wöchentlichen Wechsel statt.

(5) Notfalldienste sollen für räumlich abgegrenzte Bereiche benachbarter Praxen eingerichtet werden (Notfalldienstbezirke). Sie können erforderlichenfalls auch nach fachlichen Gesichtspunkten eingeteilt werden.

§ 2 Einrichtung und Durchführung

(1) Die Einrichtung von Notfalldiensten soll vorrangig durch kollegiale Übereinkunft der benachbarten praktizierenden Tierärzte erfolgen.

(2) Für die kontinuierliche Planung und ortsübliche Bekanntmachung des Notfalldienstes muss ein Verantwortlicher (Sprecher) aus dem beteiligten Kollegenkreis namhaft gemacht werden.

(3) Ist die Einrichtung eines Notfalldienstes für ein bestimmtes Territorium in kollegialer Übereinkunft nicht gegeben, so nimmt diese Aufgabe die Tierärztekammer wahr. Sie bestimmt den räumlichen Bereich (Notfalldienstbezirk), den Kreis der beteiligten, praktizierenden Tierärzte sowie nach Anhörung dieses Kreises den Sprecher. Ggf. erstellt sie den Dienstablaufplan.

(4) Im Falle einer nicht vorhersehbaren kurzfristigen Verhinderung hat der zum Notfalldienst eingeteilte Tierarzt selbst für eine geeignete Vertretung zu sorgen und in jedem Fall die Änderung den Besitzern der Notfallpatienten in geeigneter Form (Anrufbeantworter, Hinweis am Praxiseingang o. ä.) bekannt zu machen.

(5) Der diensthabende Tierarzt muss während seines Notfalldienstes ständig erreichbar sein. Unterhält er mehrere Praxisstandorte, hat er in jedem der Notfalldienstbezirke am Notfalldienst teilzunehmen.

§ 3 Befreiung vom Notfalldienst

(1) Auf Antrag kann die Tierärztekammer eine Befreiung von der Teilnahme am Notfalldienst bei schwerwiegenden Gründen ganz, teilweise oder vorübergehend erteilen.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

(2) Über den Antrag entscheidet der Kammervorstand, über einen Widerspruch gegen die Entscheidung des Kammervorstandes die Kammerversammlung.

(3) Ein Antrag auf Befreiung entbindet nicht von der Verpflichtung zur Teilnahme am Notfalldienst.

(4) Tierärztliche Klinken können auf Antrag von der turnusmäßigen Einteilung zum Notfalldienst freigestellt werden, da sie ohnehin ständig dienstbereit sein müssen.

Anlage 4 zu § 18 Abs. 1

Richtlinie über die an eine „Tierärztliche Klinik“ zu stellenden Anforderungen (Klinikrichtlinie)

§ 1 Definition

Die „Tierärztliche Klinik“ ist eine ausgewiesene Spezialeinrichtung mit besonderen Einrichtungen zur ambulanten und stationären Behandlung von Tieren. Sie ergänzt die diagnostischen und therapeutischen Möglichkeiten einer tierärztlichen Praxis.

§ 2 Bezeichnung

Die Bezeichnung „Tierärztliche Klinik“ ist durch weitergehende, die Tierspezies und/oder die Fachrichtung beschreibende Kennzeichnung zu ergänzen. Für Tierärztliche Kliniken für Kleintiere bzw. Pferde gelten die Anforderungen im Anhang 1 bzw. 2 zu dieser Richtlinie.

§ 3 Zulassung

(1) Die Zulassung einer Tierärztlichen Klinik ist schriftlich bei der Tierärztekammer zu beantragen. In dem Antrag ist die Erfüllung der entsprechenden Anforderungen darzulegen. Dem Antrag ist ein Lageplan der für den Klinikbetrieb genutzten Räumlichkeiten beizufügen.

(2) Der Vorstand bildet eine Kommission, die die Erfüllung der Anforderungen dieser Richtlinie vor der Zulassung und danach in Abständen von längstens vier Jahren prüft und in einem Klinikabnahmeprotokoll dokumentiert. Mitglieder dieser Kommission sind ein Vorstandsmitglied, ein Mitglied des Ausschusses für Berufsrecht und ein weiterer sachverständiger Tierarzt.

(3) Der Vorstand der Tierärztekammer entscheidet über den Antrag und erteilt bei Erfüllung der Anforderungen die Zulassung.

(4) Die Zulassung ist zu widerrufen, wenn Anforderungen der Richtlinie nicht mehr erfüllt werden.

(5) Die Zulassung kann auf den Erwerber bzw. Mitinhaber einer Tierärztlichen Klinik übergehen, sofern zum Zeitpunkt des Eigentümerwechsels die Anforderungen dieser Richtlinie erfüllt sind.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

(6) Auf schriftlichen Antrag der Betreiber kann der Status Tierärztlichen Klinik im begründeten Einzelfall nach Genehmigung der Tierärztekammer bis zu einem Jahr ruhen. Die Bezeichnung „Tierärztliche Klinik“ darf in diesem Zeitraum nicht geführt werden. Die Zulassung als Tierärztliche Klinik erlischt, wenn innerhalb eines Jahres die Wiederaufnahme des Klinikbetriebes nicht erneut angezeigt wird. Die Überprüfungs- und Übergangsfristen bleiben unberührt.

(7) Die Kosten für Erstprüfung, Wiederholungsprüfung und Genehmigung einer Tierärztlichen Klinik werden durch die Gebührenordnung der Tierärztekammer geregelt.

§ 4 Organisation

(1) Der Betrieb der Tierärztlichen Klinik ist an die Niederlassung des Betreibers gebunden.

(2) Die gemeinsame Führung einer Tierärztlichen Klinik ist nur zulässig, wenn jeder Beteiligte die Erlaubnis zur Ausübung des tierärztlichen Berufes besitzt.

§ 5 Klinikbetrieb

Die tierärztliche und pflegerische Versorgung der Klinik muss ganzjährig Tag und Nacht gewährleistet sein. Die Klinik muss für Notfälle ständig dienstbereit gehalten werden. Die ständige Dienstbereitschaft ist gewahrt, wenn sich ein Tierarzt in der Klinik zur sofortigen Versorgung von Notfallpatienten aufhält oder wenn dieser unverzüglich erreichbar ist.

§ 6 Anforderungen an das Klinikpersonal

(1) Mindestens einer der die Tierärztliche Klinik betreibenden Tierärzte muss eine entsprechende klinische Gebietsbezeichnung nachweisen.

(2) Besondere Anforderungen an das Personal sind in den Anhängen definiert.

§ 7 Allgemeine Anforderungen an die Klinikräume und deren Einrichtung

(1) Alle Klinikräume müssen entsprechend dem Nutzungszweck so beschaffen sein, dass sie in einem einwandfreien hygienischen Zustand gehalten werden können. Dies gilt insbesondere für die Ausgestaltung der Fußböden, Wände, Decken sowie die Installation von Wasser- und Abwasserleitungen, Beleuchtung, Belüftung und Beheizung.

(2) Die apparative und technische Ausstattung muss so beschaffen sein, dass sie eine dem jeweiligen Stand der veterinärmedizinischen Wissenschaft entsprechende Versorgung ermöglicht.

(3) Die besonderen Angaben über Zahl und Ausgestaltung der Klinikräume werden entsprechend der fachlichen Richtung in den entsprechenden Anhängen getroffen.

(4) Bei Kombination verschiedener Fachrichtungen und/oder Tierspezies gelten die Anforderungen in den Anhängen sinngemäß.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

§ 8 Weiterbildung, Fortbildung

(1) Der Betreiber einer Tierärztlichen Klinik soll für diese die Zulassung als Weiterbildungsstätte anstreben. Die in einer Tierärztlichen Klinik beschäftigten Tierärzte sollen sich um die Befugnis zur Weiterbildung bemühen.

(2) Der leitende Tierarzt ist für eine entsprechende kontinuierliche Fortbildung seiner Mitarbeiter verantwortlich.

§ 9 Meldepflicht

(1) Dieser Richtlinie unterliegen alle Anträge auf Genehmigung zum Führen der Bezeichnung „Tierärztliche Klinik“, die nach deren Inkrafttreten bei der Tierärztekammer eingehen.

(2) Der Betreiber der Tierärztlichen Klinik hat jede auch nur vorübergehende Abweichung von den Anforderungen dieser Richtlinie und ihrer Anhänge unverzüglich der Tierärztekammer zu melden.

§ 10 Ausnahmen

Der Vorstand kann im Einzelfall auf Antrag des Klinikbetreibers Abweichungen von den Anforderungen zulassen, wenn die veterinärmedizinische Versorgung in der Tierärztlichen Klinik ohne Qualitätseinbußen gewährleistet ist.

§ 11 Übergangsbestimmungen

(1) Alle bestehenden Tierärztlichen Kliniken müssen bis ein Jahr nach in Kraft treten dieser Richtlinie deren Anforderungen entsprechen.

(2) Alle bestehenden Tierärztlichen Kliniken erhalten bei Erfüllung der Anforderungen dieser Richtlinie und ihrer Anhänge nach einer turnusmäßigen Überprüfung die Umwandlung in die neue Bezeichnung. Ein zusätzlicher Antrag ist dafür nicht erforderlich.

Anhang 1 zur Klinikrichtlinie **Tierärztliche Klinik für Kleintiere**

1. Umfang der Aufgaben

Die „Tierärztliche Klinik für Kleintiere“ ist eine ausgewiesene Spezialeinrichtung zur ambulanten und stationären Behandlung von Hunden, Katzen, Vögeln und Heimtieren.

2. Personelle Anforderungen

In der „Tierärztlichen Klinik für Kleintiere“ müssen mindestens drei Tierärzte hauptberuflich und ganztätig tätig sein, einer der drei kann durch zwei halbtags angestellte Tierärzte ersetzt werden.

Zur tiermedizinischen und pflegerischen Versorgung müssen mindestens vier vollbeschäftigte Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Drei dieser Hilfskräfte müssen Tierärzthelfer/Innen oder Angehörige verwandter Berufe sein. Eine/r der Tierärzthelfer/Innen kann durch zwei Auszubildende ersetzt werden. Jede Hilfskraft kann durch mehrere Teilzeitkräfte ersetzt werden.

3. Räumliche Anforderungen

A. Nicht stationärer Bereich

Es müssen folgende Räume vorhanden sein

- ein Wartezimmer mit Rezeption
- ein Röntgenraum
- ein Labor- und Entwicklungsraum
- zwei Behandlungsräume
- ein Operations-Vorbereitungsraum
- zwei Operationsräume
- ein Hausapothekenraum
- ein WC für Patientenbesitzer
- der Größe der Klinik angemessene Sozial- und Sanitärräume
- ein Raum oder eine geeignete Einrichtung zur Aufbewahrung von toten Tieren

B. Stationärer Bereich

- Für die patientengerechte Unterbringung von Hunden, Katzen, Vögeln und Heimtieren sind *mindestens* drei Räume, davon einer als Isolierraum, vorzuhalten.
- Die patientengerechte Unterbringung von mindestens zwölf Tieren, davon zwei für große Hunde, muss gewährleistet sein.
- Auf dem Klinikgelände sind geeignete Harn- und Kotabsatzmöglichkeiten vorzuhalten.
- Eine ausreichende räumliche Trennung von Behandlungs-, Operations- und Tierhaltungsräumen ist sicherzustellen.

4. Medizinisch-technische Anforderungen

Folgende apparative und technische Ausstattung muss vorhanden sein:

- vollständiges Instrumentarium zur Versorgung von Frakturen einschließlich Osteosynthese
- vollständiges Instrumentarium für die Durchführung von mindestens drei gleichzeitig ablaufenden Operationen
- Röntgeneinrichtung
- Einrichtungen zur flexiblen und starren Endoskopie für die zu behandelnden Tierarten
- Ultraschallgerät
- EKG-Gerät
- Augenuntersuchungsgeräte
- Zahnbehandlungseinheit
- Narkosegerät mit der Möglichkeit zur Beatmung
- Gerät zur Narkoseüberwachung mit Pulsoxymetrie und Kapnometrie
- zwei OP-Lampeneinheiten
- Autoklav bzw. andere Sterilisierungseinheit
- Laboreinrichtungen für hämatologische, klinisch-chemische Untersuchungen sowie für Kot- und Harnuntersuchungen

5. Ausnahmen

Die Tierärztekammer kann zu den Punkten 3 und 4 Abweichungen zu lassen, wenn die veterinärmedizinische Versorgung ohne Qualitätseinbußen gewährleistet ist.

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Für Tierärztliche Kliniken, die neu zugelassen werden, ist der Klinikbetrieb im Sinne einer befristeten Ausnahmeregelung in Abweichung zu den Festlegungen von Pkt. 2., Absatz 2 mit mindestens zwei vollbeschäftigten Tierärzthelfer/Innen bis längstens 31.12.2006 möglich, wenn dies beim Vorstand mit Begründung beantragt wurde und von diesem bestätigt wird. Eine/r der Tierärzthelfer/Innen kann durch zwei Auszubildende ersetzt werden. Bei Nichterreichen des Personalbestandes gemäß Pkt. 2., Absatz 2 erlischt der Klinikstatus zum 31.12.2006.

Anhang 2 zur Klinikrichtlinie

Tierärztliche Klinik für Pferde

1. Umfang der Aufgaben

Die „Tierärztliche Klinik für Pferde“ ist eine ausgewiesene Spezialeinrichtung zur ambulanten und stationären Behandlung von Pferden und anderen Equiden.

2. Personelle Anforderungen

In der „Tierärztlichen Klinik für Pferde“ müssen mindestens drei Tierärzte hauptberuflich und ganztätig tätig sein, einer der drei kann durch zwei halbtags angestellte Tierärzte ersetzt werden.

Zur tiermedizinischen und pflegerischen Versorgung müssen mindestens vier vollbeschäftigte Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Zwei dieser Hilfskräfte müssen Tierärzthelfer/Innen oder Angehörige verwandter Berufe sein. Die anderen zwei Hilfskräfte können aus den Berufen Tierpfleger, Pferdewirt, Schmied oder sonstigem berufsverwandten Hilfspersonal stammen. Eine/r der Tierärzthelfer/Innen kann durch zwei Auszubildende ersetzt werden. Jede Hilfskraft kann durch mehrere Teilzeitkräfte ersetzt werden.

3. Räumliche Anforderungen

A. Nicht stationärer Bereich

Es müssen folgende Räume vorhanden sein

- ein Büro/eine Rezeption
- ein Untersuchungs-/Behandlungsraum mit Untersuchungsstand
- ein OP-Vorbereitungsraum
- ein OP-Raum mit Hebevorrichtung, OP-Tisch und OP-Leuchteinheit
- ein Aufwachbox bzw. Narkosebox mit Hebevorrichtung
- ein Lagerraum für medizinische Geräte/Material
- ein WC für Patientenbesitzer
- der Größe der Klinik angemessene Sozial- und Sanitärräume
- ein Longierbahn
- ein Vortrabestrecke

B. Stationärer Bereich

Es müssen folgende Einrichtungen vorhanden sein:

- Außenboxen bzw. Stallboxen mit Außenöffnung
- mindestens zwei Ausläufe/Paddocks
- mindestens sechs Pferdeboxen, davon zwei für Stute mit Fohlen geeignet
- eine Isolierbox

Tierärztekammer Sachsen-Anhalt

Körperschaft des öffentlichen Rechts

4. Medizinisch-technische Anforderungen

Folgende apparative und technische Ausstattung muss vorhanden sein:

- Röntgeneinrichtung
- Blutgasanalysegerät
- Ultraschallgerät
- Einrichtung zur flexiblen und starren Endoskopie und Arthroskopie
- EKG-Gerät
- Instrumentarium für arthroskopische, allgemeinchirurgische, osteosynthetische und geburtshilfliche Operationen
- Augenuntersuchungsgeräte
- Zahnbehandlungseinheit
- Narkosegerät
- Gerät zur Narkoseüberwachung mit Pulsoxymetrie und Kapnometrie
- Autoklav bzw. andere Sterilisierungseinheit
- Laboreinrichtungen für hämatologische, klinisch-chemische sowie für Kot- und Harnuntersuchung

5. Ausnahmen

Die Tierärztekammer kann zu den Punkten 3 und 4 Abweichungen zu lassen, wenn die veterinärmedizinische Versorgung ohne Qualitätseinbußen gewährleistet ist.

Für Tierärztliche Kliniken, die neu zugelassen werden, ist der Klinikbetrieb im Sinne einer befristeten Ausnahmeregelung in Abweichung zu den Festlegungen von Pkt. 2., Absatz 2 mit mindestens einem/r vollbeschäftigten Tierarzthelfer/In oder Angehörigen verwandter Berufe sowie einer weiteren Hilfskraft bis längstens 31.12.2006 möglich, wenn dies beim Vorstand mit Begründung beantragt wurde und von diesem bestätigt wird. Eine kann durch zwei Auszubildende ersetzt werden. Bei Nichterreichen des Personalbestandes gemäß Pkt. 2., Absatz 2 erlischt der Klinikstatus zum 31.12.2006.